

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aktionsprogramm zur Stärkung und nachhaltigen Besetzung von Schulleitungsstellen in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein umfassendes Aktionsprogramm zur Stärkung der Schulleitungen sowie zur kurzfristigen und nachhaltigen Besetzung aller unbesetzten Schulleitungs- und Stellvertretungsstellen in Berlin aufzulegen und umzusetzen.

Es sind insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Es ist sicherzustellen, dass das Arbeitszeitgesetz für Schulleitungen vollumfänglich Anwendung findet und bei der Einführung der Arbeitszeiterfassung auch Schulleitungen berücksichtigt werden.
2. Evaluation des Bedarfs an schulbezogenen Anrechnungsstunden für Schulorganisation und Schulentwicklung zur Entlastung der Schulleitung, insbesondere für erweiterte Schulleitungen.
3. Systematische Umsetzung der im Arbeitsschutzgesetz verankerten Pflicht zur regelmäßigen Beurteilung psychischer Belastungen bei der Arbeit auch für Schulleitungen. Hierfür ist berlinweit ein eigenes Verfahren für schulische Leitungskräfte zu entwickeln.
4. Ausbau von Job-Sharing für Schulleitungen. Dabei ist sicherzustellen, dass für Tandem-Schulleitungen für den zusätzlichen Koordinations- und Abstimmungsaufwand ein erhöhter Stellenumfang von insgesamt 110 Prozent gilt.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Oktober 2026 zu berichten.

Begründung

In Berlin sind zahlreiche Schulleitungsstellen unbesetzt oder werden nur kommissarisch wahrgenommen. Diese Situation gefährdet die Funktionsfähigkeit von Schulen, schwächt Schulentwicklung und führt zu zusätzlichen Belastungen für Lehrkräfte, pädagogisches Personal sowie die gesamte Schulgemeinschaft.

Eine von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Auftrag gegebene Befragung von Schulleitungen zeigt deutlich: Die Belastungssituation schulischer Leitungskräfte überschreitet gesundheitsgefährdende Grenzen. Hohe Arbeitszeiten, stetig wachsende administrative Anforderungen, Personalmangel und fehlende Unterstützung führen dazu, dass Schulleitungsfunktionen zunehmend unattraktiv werden. Gleichzeitig werden arbeits- und gesundheitsschutzrechtliche Instrumente, wie die regelmäßige Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen, bislang nicht systematisch angewendet.

Die anhaltend hohe Zahl unbesetzter Schulleitungsstellen in Berlin ist Ausdruck struktureller Defizite, die dringend angegangen werden müssen. Der Senat ist in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen für Schulleitungen grundlegend zu verbessern, um mehr Personen den Zugang zu den Leitungspositionen zu ermöglichen und die Vereinbarkeit von Führungsverantwortung, Familie und Gesundheit zu verbessern. Dazu gehören insbesondere die konsequente Anwendung arbeitszeitrechtlicher Vorgaben einschließlich der Arbeitszeiterfassung, der gezielte Ausbau administrativer und pädagogischer Unterstützungssysteme, die systematische Umsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen sowie die Schaffung flexibler Führungsmodelle wie Job-Sharing.

Um Schulleitungsstellen wieder attraktiv zu gestalten und nachhaltig besetzen zu können, braucht Berlin klar geregelte Arbeitsbedingungen, ausreichend personelle Ressourcen und wirksame Entlastungsstrukturen. Denn handlungsfähige, gesunde und gut ausgestattete Leitungsteams sind eine zentrale Voraussetzung für die Sicherstellung von Schulentwicklung und Bildungsqualität in Berlin.

Berlin, den 12. Mai 2026

Jarasch Graf Krüger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen